

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt.

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 12 Mk. 45 Pfg., in Altenteig 12 Mk. Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 50 Pfg., die Reklamazeile 1 Mk. 50 Pfg. Mindest- betrag eines Auftrags 3 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsvorzug ist der Rabatt häufig.

Nr. 78.

Altensteig, Mittwoch den 6. April.

Jahrgang 1921.

## Deutsch-amerikanischer Schriftwechsel.

Berlin, 5. April.

Gegenüber den Entstellungen in den französischen Blättern sieht sich die Reichsregierung veranlaßt, den bisher geheim gehaltenen Schriftwechsel des Auswärtigen Amtes mit dem amerikanischen Kommissar in Berlin Dreffel, zu veröffentlichen. In der Denkschrift Dr. Simon's vom 21. März wird dargelegt, daß die Reichsregierung es bedauert, daß es auf der Londoner Konferenz nicht zu einer Einigung in der Entschädigungsfrage gekommen ist. Es ist nicht richtig, wenn Lloyd George behauptet, daß Deutschland nicht zur Entschädigung geneigt sei. Alle verantwortlichen Stellen in Deutschland sind sich darüber einig, daß die deutschen Vorschläge für die Entschädigung der Finanznot bei den Verbündeten insbesondere bei Frankreich Rechnung tragen müssen. Zwei große Ziele der Entschädigung liegen vor:

1. Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.  
2. Beschaffung sofort greifbarer größerer Barmitte in fremden Devisen.

Von 88 französischen Departements sind 10, die jahrelang Kampfgelände waren, auf das schwerste betroffen. Für den Wiederaufbau der Häuser, die Wiederurbarmachung und die Wiederbesiedelung des Landes ist aber in den zwei Jahren seit Beendigung des Krieges nur sehr wenig geschehen. Das wirkliche Interesse an dem Wiederaufbau ist in Frankreich nur gering. Die früheren Bewohner haben vorzugsweise Entschädigungen erhalten und sich in anderen Teilen des Landes fest gemacht. Einflußreiche Unternehmergruppen sind mit der Verwertung des zurückgelassenen Materials und den Aufräumungsarbeiten befaßt. Sie beschleunigen die Abwicklung ihrer Aufgaben in keiner Weise. Am meisten aber fällt ins Gewicht, daß beträchtliche Kreise in Frankreich in dem zerstörten Gebiet ein außerordentlich hartes politisches Werbemittel erblicken, das bei Einheimischen und Fremden begreiflicherweise stets einen tiefen Eindruck hinterläßt. Deutschland wird nochmals der französischen Regierung Vorschläge unterbreiten, deren Einzelheiten gegenwärtig mit der deutschen Arbeiterschaft beraten und aufgestellt werden. Hat die französische Regierung Bedenken gegen die Verwendung so zahlreicher deutscher Arbeitskräfte im Wiederaufbaugelände, so wird die deutsche Regierung auch bereit sein, in jeder anderen Form ihre guten Dienste und Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Die Beschaffung größerer Geldmittel in fremden Devisen ist für Deutschland nur durch die starke Steigerung seines Ausfuhrums möglich. Der Finanznot der Verbündeten kann nur im Wege des Kredit die Abhilfe geschaffen werden. Die Kreditwürdigkeit Deutschlands ist aber völlig untergraben durch die Verbündeten selbst, die sich im Versailleser Vertrag eine Generalhypothek auf den gesamten Besitz und die Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten an erster Stelle vorbehalten haben. Da Frankreich und England selbst überschuldet sind, einer Kreditgewährung seitens Neutralen aber die Generalhypothek entgegensteht, bleibt als einzige Lösung des Kreditproblems nur die Aufnahme einer internationalen Anleihe möglich, zu deren Gunsten die Verbündeten ihre Generalhypothek zurücktreten lassen müssen. Deutschland glaubt, bei zweckmäßiger Gestaltung der Anleihe und bei Gewährung einer Amnestie für Steuerflucht geschätztes deutsches Kapital in erheblichem Ausmaß für die Anleihe heranziehen und dies für den Entschädigungsdienst nutzbar machen zu können. Deutschland wird die Prüfung seiner eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit gern dem Urteil unparteiischer Sachverständiger unterstellen. Die ungeheuren Schäden, die der Weltkrieg angerichtet hat, die ungeheure Schuldenlast, die alle beteiligten Staaten zu tragen haben, können nicht auf die Schultern eines einzelnen Staats gelegt werden.

Der amerikanische Kommissar hat am 29. März als Antwort eine Denkschrift übergeben, die sagt:

Die amerikanische Regierung sei erfreut, in ungewohnter Weise den Wunsch der deutschen Regierung zu verstehen, die Entschädigung bis zur Grenze der Zahlungsfähigkeit zu leisten. Die amerikanische Regierung halte ebenso wie die verbündeten Regierungen Deutschland für den Krieg verantwortlich und daher moralisch verpflichtet, Entschädigung zu leisten, soweit dies möglich sein mag. Die amerikanische Regierung glaube

den aufrichtigen Wunsch der deutschen Regierung zu erkennen, Verhandlungen mit den Verbündeten auf einer neuen Grundlage zu eröffnen und sie hoffe, daß derartige Verhandlungen, einmal wieder aufgenommen, zu einer schnellen Regelung führen mögen, die gleichzeitig den gerechten Ansprüchen der Verbündeten Genüge leisten und Deutschland erlauben, hoffnungsvoll seine produktive Tätigkeit wieder zu beginnen.

## Neues vom Tage.

### Die Regierungsbildung in Preußen.

Berlin, 5. April. Die Verhandlungen zwischen den drei Parteien Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie über die Bildung der Regierungskoalition haben bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt. Die Mehrheit der Sozialdemokraten ist entschieden gegen eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei. Andererseits würden, wenn Ober-Schlesien ein eigener Bundesstaat würde, was ihm für den Fall des Verbleibens beim Reich zugesagt ist, die 22 ober-schlesischen Abgeordneten bis auf drei aus dem preussischen Landtag ausscheiden und die knappe Mehrheit der drei Parteien würde sich in eine Minderheit verwandeln. Die Verhandlungen werden noch fortgeführt, es ist aber fraglich geworden, ob der Landtag am Donnerstag bereits die anberaumte Wahl des Ministerpräsidenten vornehmen wird.

### Die Ausfuhrabgabe.

London, 5. April. Auf eine Anfrage im Unterhaus sagte Lloyd George, die Ausfuhrabgabe auf deutsche Waren werde auch von der belgischen Regierung vorbereitet. Italien, Portugal, Griechenland und Siam haben ihre Absicht kundgegeben, ähnliche Gesehe einzuführen. Die britische Regierung werde außerdem ihre Maßnahmen gegen die Einfuhr von Waren mit Unterpreisen (Dumping) fortsetzen.

Paris, 5. April. Wie der „Intransigent“ mitteilt, sind zu dem Gegenwurf über die fünfzigprozentige Abgabe vom Verkaufswert der deutschen Waren nach Frankreich Abänderungsanträge eingebracht worden. Einer derselben verlangt, daß alle Sendungen, die vor dem 17. März Deutschland verlassen haben, von der Abgabe befreit sind.

### Das verschleierte Bild von Washington.

Paris, 5. April. Havas meldet aus Washington: Alles scheint darauf hinzudeuten, daß die Pressemeldungen der letzten Tage über die Stellungnahme der Vereinigten Staaten zur Weltlage sich bestätigen werden: Einerseits entschiedene Gegnerschaft, und zwar noch mehr in politischen Kreisen als in der öffentlichen Meinung, gegen alles, was die äußere Politik der Vereinigten Staaten an die Politik der Verbandsregierungen im allgemeinen und besonders hinsichtlich des Völkerbunds stellen würde; sodann eine Bewegung zugunsten der Entschädigung des Senators Knox für einen Sonderfrieden mit Deutschland und daneben noch, und zwar in politischen Kreisen, zugunsten einer bestimmten Erklärung, daß keine Rede davon sein könne, den Verbandsmächten ihre Schulden zu erlassen, was allerdings ein weitgehendes Entgegenkommen nicht ausschließen sollte. Andererseits habe man Frankreich gegenüber fast einstimmig den Wunsch, es nicht im Stich zu lassen. Deutschland wurde bereits von den Ver. Staaten im Kenntnis gesetzt, daß sie nichts übernehmen wollen, was irgendwie als ein Festlassen der Sache der Verbandsmächte betrachtet werden könnte. Man könnte damit rechnen, daß die Entschädigung des Senators Knox zur Annahme gelangen werde mit einem Zusatz, der für die französischen Wünsche befriedigend sei und gleichzeitig der Politik der republikanischen Partei entsprechen würde.

Paris, 5. April. Der amerikanische Senator Knox hat dem Vertreter des Pariser „Matin“ in Washington diesem Blatt zufolge erklärt: Der Friedensvertrag von Versailles und das Völkerbundsstatut enthalte Vereinbarungen über die Grenzen in Mitteleuropa, die die Amerikaner nicht interessieren und Vereinbarungen hinsichtlich des fernem Ostens, denen Amerika nicht zustimmen könne. Die Amerikaner wollten jedoch nicht, daß aber die zukünftigen Absichten Rückschlüsse herleiten. Damit weder Deutschland noch sonst jemand sich täusche, werde er seiner Entschädigung einen Zusatz hinzufügen, daß, wenn der „Abwicklung auf Neue eine

Wesfahr drohe“, wie im Jahr 1914, die Vereinigten Staaten sich sofort bedroht fühlen und mit allen Ländern, die sich in Gefahr befinden, in Verbindung treten würden. Auf die Frage, warum die Entschädigung nichts über die Entschädigungspflicht enthalte, erklärte Knox, der amerikanische Senat habe die Absicht, die Gegenwart zu regeln. Er könne nur die großen politischen Linien der Zukunft festlegen. Die Ansicht Harding's über die moralische und materielle Verantwortlichkeit Deutschlands billige er (Knox) vollkommen.

### Die Griechen auf dem Rückzug.

Die griechischen Blätter melden, das Ziel der griechischen Truppen sei mit der Einnahme der Stadt Kalamata erreicht worden und das Heer sei nun auf die alten Stellungen bei Kowalipa zurückgegangen, nachdem Angora von der Eisenbahnlinie abgeschnitten worden sei.

Türksicherseits wird berichtet, daß Prinz Andreas, der Bruder des Königs Konstantin, an den bei Brussa erlittenen Verwundungen gestorben sei; auch der griechische General Blahopoulos sei gefallen.

### Kämpfe in Indien.

London, 5. April. (Reuters.) An der Nordostgrenze Indiens sind in einem Kampf mit dem Rajputstamm 1 englischer Offizier und 26 indische Soldaten gefallen, 1 Offizier und 25 eingeborene Soldaten verwundet worden.

Basel, 5. April. Laut „Basler Nationalztg.“ ist in Kronstadt ein neuer Aufstand gegen die Bolschewisten ausgebrochen. Die rote Garnison in Petersburg ist verstärkt worden.

Helsingfors, 5. April. Wie verlautet, ziehen die Bolschewisten große Truppenmassen an der beharabischen Grenze zusammen. 21 Infanterie-Divisionen sollen dort schon eingetroffen sein. Angeblich will Rußland eine Frühjahrsoffensive gegen Rumänien einleiten und gleichzeitig eine bolschewistische Bewegung in Serbien hervorrufen.

### Die Nachwehen des Aufstands.

Berlin, 5. April. Die Berliner Tiefbauarbeiten sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Auch die Maschinen-, Schlosser- und Feiler im Tischgewerbe streiken. Es handelt sich um insgesamt 4-5000 Arbeiter.

Wie die Zeitung der Feinwebwerke mitteilt, werden die Wiederherstellungsarbeiten voraussichtlich diese Woche soweit durchgeführt sein, daß die Wiedereinnahme des Betriebs erfolgen kann. Für die Wiedereinstellung der Arbeiter soll eine bestimmte Jahresgrenze festgelegt werden, da jeder, der in einem für Deutschland so wichtigen Werk wie dem Feinwebwerk arbeitet, eine gewisse Rolle zu spielen haben müsse.

Nach den bisherigen Feststellungen sind anlässlich des Aufstands in Mitteldeutschland 3642 Beteiligte festgenommen worden; der Hauptteil der Verhafteten befindet sich in Leuna.

In Frankfurt kam es zu Ausschreitungen der streikenden Transportarbeiter. Verschiedenen Boten wurden bei der Anlieferung auf der Hauptpost die Pakete entziffen und der Inhalt auf die Straße gestreut.

### Aus dem schlesischen Provinziallandtag.

Breslau, 5. April. Der Provinziallandtag Niederschlesien wählte zu seinem Vorsitzenden den Landrat Seibold (Soz.) mit 53 gegen 52 Stimmen, die auf den Landrat a. D. von Goslar (D. Natl.) fielen. Zwei Stimmen waren ungültig. — Der Provinziallandtag Oberschlesien wählte zu seinem Vorsitzenden durch Zufall den Herzog von Ratibor. — Der gemeinsame Provinziallandtag der Provinz Schlesien wählte zu seinem Vorsitzenden den Landrat a. D. von Goslar mit 68 gegen 51 Stimmen, die auf Landrat Seibold entfielen.

### Der Bergarbeiterstreik in England.

London, 5. April. Wie die Blätter melden, ist bisher eine Besserung der Streiklage nicht eingetreten. Infolge Kohlenmangels mußten bereits viele Werke schließen. Die Zahl der Arbeitslosen wächst. — Der „Morning Post“ zufolge scheint es, daß der Arbeiterbund bei seiner morgigen Sitzung weniger einig sein wird, als ursprünglich angenommen wurde. — „Daily Herald“ behauptet, Militär und Marine seien bereits in Bewegung gesetzt worden, um sofort gegen jede Art von





